

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd

am 06.03.2013

**um 17:40 Uhr bis 20:30 Uhr in Remscheid, Engelbertstraße 1, Heinrich-Neumann-
Schule - Städtische Förderschule und Schule f. Kranke**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Wilhelm Korff

Stellv. Bezirksbürgermeister

Herr Hans H. Rehbein

Bezirksvertreterin

Frau Margot Halbach
Frau Filomena Merten
Frau Jutta Wilke

Bezirksvertreter

Herr Stefan Grote
Herr Dierk Martz
Herr Harald Mohr
Herr Paul Uwe Schabla
Herr Bernd F. W. Störmer
Herr Klaus Wetzel

bis 19:15 Uhr - TOP 17

Ratsmitglied

Herr Thomas Kase
Frau Elfriede Korff

ab 20:05 Uhr - TOP 2.1 - nicht öffentliche
Sitzung

vom Seniorenbeirat

Herr Dieter Janke

von der Polizei

Herr Karl-Heinz Sehnke

von der Verwaltung

Herr Dr. Christian Henkelmann

Herr Hans - Dieter Brinkmann
Herr Gerald Hein
Frau Anja Meier

Herr Jörg Schubert

Dezernat 3.00 - Bauen, Landschaftspflege
und Kultur
Fachdienst 1.31 - Umwelt
Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau
Fachdienst 3.62 - Bauen, Vermessung, Ka-
taster
Fachdienst 3.62 - Bauen, Vermessung, Ka-
taster

Tagesordnung

- 1 Änderung / Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2013
- 3 Fragestunde für Einwohner
- 4 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 4.1 14/2980 Einbahnstraßen-Regelung Buchenstraße, Fahrtrichtung Ahornstraße
- Anfrage der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung 2 - Süd vom 25.02.2013
- 5 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 5.1 Aktuelle Rechtslage zur baulichen Entwicklung im Bereich Mannesmann-Park
- 6 Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 7 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 8 Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 9 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 9.1 Parkzeit auf dem Parkstreifen Burger Straße, Höhe Einmündung Bliedinghauser Straße
- Anfrage Herr Grote
- 9.2 Haltverbot in der Industriestraße gegenüber Haus Nr. 30
- Anfrage Herr Grote
- 9.3 Fortführung der Anschüttung im Bereich Mixsiepen
- Anfrage Herr Mohr
- 9.4 Namensschilder für Bedienstete der Verwaltung
- Anfrage Herr Wetzel
- 9.5 Unterrichtung der Bezirksvertretung bei nicht beabsichtigter Umsetzung einer von ihr initiierten Maßnahme
Beispiel: "Absolutes Haltverbot in der Straße Zur Bökerhöhe"
- Anfrage Herr Wetzel
- 9.6 Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen mit Handicap bei Bauvorhaben zur Errichtung von größeren Geschäftslokalen und Kaufhäusern
- Anfrage Herr Wetzel

- | | | |
|-----------|---------|---|
| 10 | 14/2771 | Radwegeverbindung zwischen Remscheid Hauptbahnhof und Lennep - nur eine Utopie? |
| 11 | 14/2791 | Schäden am Baumbestand auf dem Schulhof der GHS Rosenhügel infolge von Bauarbeiten |
| 12 | 14/2756 | Schießstand Tente - geplante Bodensanierung |
| 13 | 14/2811 | Missachtung des Fahrverbots für Fahrzeuge über 7,5t im Bereich Berghauser Straße - Falkenberger Straßen bzw. der Engelbertstraße |
| 14 | 14/2942 | Sachstand zum geplanten Abriss Brandruine Burger Straße |
| 15 | 14/2809 | Beschluss über den Ausbau der Verkehrsfläche im Erschließungsgebiet Dicke Eiche/Kleine Flurstraße gem. § 125 Abs. 2 BauGB Hier: Planungsrechtliche Sanktionierung des Beschlusses vom 03.05.1999 |
| 16 | 14/2883 | Beschluss über den abweichenden Ausbau (Mehr- und Minderausbau) der öffentlichen Straßenverkehrsflächen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 534 - Gebiet: Sonnenhof - gem. § 125 (3) Nr. 1 und Nr. 2 BauGB |
| 17 | 14/2886 | BP 646 - Gebiet: Johann-Vaillant-Platz 1. Entscheidung über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (gem. § 3 (2) BauGB) 2. Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (2) BauGB) 3. Satzungsbeschluss (gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW) |
| 18 | 14/2901 | Einziehung einer Teilfläche des Johann-Vaillant-Platzes |
| 19 | 14/2868 | Verwendung der Nahverkehrspauschale |
| 20 | 14/2873 | Barrierefreier Umbau von Haltestellen im Südbezirk |
| 21 | 14/2453 | Prüfauftrag P. 1 zum Produkt 02.02.01 - Straßenverkehr Hier: Parkraumbewirtschaftung |
| 22 | 14/2953 | Frostschadensbericht 2013 / Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2013 |
| 23 | 14/2828 | Baumschutzsatzung der Stadt Remscheid Antragsverfahren im Jahr 2012 |
| 24 | 14/2895 | Baumentfernungen im Stadtbezirk Süd Übersicht zu den im Jahr 2012 entfernten städtischen Bäumen |

1. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegen per Nachtrag zugestellt die Drucksache 14/2980 vom 25.02.2013 und die Drucksache 14/2953 vom 20.02.2013 zur Beratung vor.

Herr Grote stellt im Namen von SPD-Fraktion, Frau Halbach und Herrn Martz den Antrag, die Beratung zur Drucksache

- 14/2453
Prüfauftrag P. 1 zum Produkt 02.02.01 – Straßenverkehr
Hier: Parkraumbewirtschaftung

so lange zurückzustellen, bis der Bezirksvertretung von der Verwaltung das um weitere Komponenten beispielsweise hinsichtlich einer Regelung für Lehrerparkplätze ergänzte Gesamtkonzept zur Parkraumbewirtschaftung zur Beratung vorgelegt wird.

Herr Korff lässt daraufhin über die Änderung und Erweiterung der Tagesordnung getrennt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss: (11 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Tagesordnung wird um den Punkt

- 14/2953
Frostschadensbericht 2013 / Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2013
erweitert.

Beschluss: (11 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung stellt ihre Beratung zur Drucksache

- 14/2453
Prüfauftrag P. 1 zum Produkt 02.02.01 – Straßenverkehr
Hier: Parkraumbewirtschaftung

so lange zurück, bis ihr von der Verwaltung das Gesamtkonzept zur Parkraumbewirtschaftung zur Beratung vorgelegt wird.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2013

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2013 liegt noch nicht vor.

3. Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern liegen nicht vor.

4. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

4.1. Einbahnstraßen-Regelung Buchenstraße, Fahrtrichtung Ahornstraße - Anfrage der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung 2 - Süd vom 25.02.2013 Vorlage: 14/2980

Herr Schabla legt noch einmal die Hintergründe dar, die die CDU-Fraktion zum Anlass genommen habe, die vorliegende Anfrage zu stellen.

Herr Grote berichtet, dass Bürgerinnen und Bürger ihn nach Bekanntwerden der möglicherweise zu erwartenden Einbahnstraßen-Regelung in der Buchenstraße angesprochen und ihre Bedenken oder auch ihre generelle Ablehnung hierzu zum Ausdruck gebracht hätten. Vor dem Hintergrund, dass in dieser Frage in der Bevölkerung offensichtlich unterschiedliche Auffassungen vertreten werden, schlägt Herr Grote vor, zunächst die Verwaltung um ihre fachliche Beurteilung und Bewertung zu bitten, bevor sich die Bezirksvertretung hier festlegt.

Herr Korff merkt hierzu an, dass die in Rede stehende Fragestellung nach seiner Kenntnis bereits in der nächsten Verkehrsbesprechung, an der er persönlich teilnehmen wolle, thematisiert werden soll. Herr Korff bietet daraufhin an, hierüber in der nächstfolgenden Sitzung der Bezirksvertretung Näheres zu berichten.

Da in der heutigen Sitzung noch keine abschließende Antwort auf die hier aufgeworfene Frage zur möglichen Einbahnstraßen-Regelung in der Buchenstraße gegeben werden kann verständigt sich die Bezirksvertretung darauf, ihre Beratung in dieser Angelegenheit auf ihre nächstfolgende Sitzung zurückzustellen und abzuwarten, zu welchen Erkenntnissen die Verwaltung im Verlauf ihrer Prüfung und Bewertung des in Rede stehenden Sachverhaltes gekommen ist.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

5.1. Aktuelle Rechtslage zur baulichen Entwicklung im Bereich Mannesmann-Park

Herr Schubert spricht die Zurückstellung von Bauvoranfragen für das Grundstück Burger Straße 85 (Mannesmann-Park) zur Errichtung von Lebensmitteldiscountern an, die auf der Grundlage des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 655 – Gebiet südlich Burger Straße, östlich Bliedinghauser Straße vorgenommen wurden, und informiert an dieser Stelle über die aktuelle Rechtslage.

So habe das OVG Münster in einem dort anhängigen Rechtsstreit aktuell entschieden, dass an die öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses über die Aufstellung eines Bebauungsplanes nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW bestimmte, in der Bekanntmachungsverordnung NRW näher festgelegte Anforderungen zu stellen sind. Mit dieser Ent-

scheidung sei das OVG ausdrücklich von seiner bisher vertretenen Rechtsauffassung abgerückt.

Wie Herr Schubert hierzu weiter ausführt, erfülle die Bekanntmachung des Beschlusses über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 655 – Gebiet südlich Burger Straße, östlich Bliedinghauser Straße diese Anforderungen nicht und sei deshalb rechtswidrig. Da dieser Rechtsfehler nicht geheilt werden können, sei damit zugleich auch die Grundlage für die erwähnten Zurückstellungen entfallen.

Auf Nachfrage zeigt Herr Schubert auf, welche Auswirkungen sich auf Grund dieser aktuellen Rechtslage für die bauliche Entwicklung im Bereich des Mannesmann-Parks ergeben können und welche Möglichkeiten die Verwaltung nutzen möchte, um hierauf Einfluss zu nehmen.

Im Verlauf der Aussprache stellt Herr Störmer den Antrag, die weitere Beratung in dieser Angelegenheit in nicht öffentlicher Sitzung zu führen. Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

(siehe hierzu auch Punkt 2.1 – nicht öffentliche Sitzung)

6. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**9.1. Parkzeit auf dem Parkstreifen Burger Straße, Höhe Einmündung Bliedinghauser Straße
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote bittet die Verwaltung um Berichterstattung, zu welchen Erkenntnissen sie im Rahmen der ihr in Auftrag gegebenen Untersuchung der Frage gekommen ist, ob die höchstzulässige Parkdauer auf der Parkspur an der Burger Straße, Höhe Einmündung Bliedinghauser Straße auf 30 Minuten festgesetzt werden kann.

**9.2. Haltverbot in der Industriestraße gegenüber Haus Nr. 30
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote schließt sich dem nach seiner Kenntnis der Verwaltung bereits vorgetragenen Anliegen des Eigentümers der Gewerbeimmobilie Industriestraße 30 an und bittet die Verwaltung um Prüfung, ob auf der gegenüberliegenden Seite dieses Gebäudekomplexes ein für den Zeitraum von montags bis samstags von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr geltendes Haltverbot eingerichtet werden kann, um eine problemlose Andienung des Unternehmens mit Lkws zu gewährleisten, die nach Aussage des Eigentümers im Falle hier parkender Fahrzeuge oftmals deutlich erschwert oder auch gänzlich ausgeschlossen werde.

**9.3. Fortführung der Anschüttung im Bereich Mixsiepen
- Anfrage Herr Mohr**

Herr Mohr bittet die Verwaltung um Auskunft, ob die zurzeit laufende Bautätigkeit zur Aufschüttung von Bodenmaterial im Bereich Mixsiepen zwischen Lennepers Straße, Zur Bökerhöhe und Bahngleisen beispielsweise im Hinblick auf die Baustellensicherung oder auch den Verschmutzungsgrad der Straßen ordnungsgemäß ausgeführt wird.

Herr Hein nimmt zu der Anfrage Stellung und erklärt, dass der Verwaltung nach seiner Kenntnis bisher keine Hinweise auf etwa aufgetretene Unregelmäßigkeiten vorliegen. Ebenso seien seines Wissens bisher keinerlei Beschwerden zu dieser Baumaßnahme vorgetragen worden.

**9.4. Namensschilder für Bedienstete der Verwaltung
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel regt an, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die an einer Sitzung der Bezirksvertretung teilnehmen, Namensschilder vorzuhalten etwa in der Weise, wie sie für die Mitglieder der Bezirksvertretung regelmäßig bereitstehen.

Herr Dattner greift die Anregung auf und erläutert, warum dieser Vorschlag aus Sicht der Verwaltung nur schwerlich umsetzbar sein dürfte. Stattdessen schlägt Herr Dattner vor, zukünftig vielleicht verstärkt darauf zu achten und gegebenenfalls darum zu bitten, dass sich die namentlich nicht bekannten Vertreter der Verwaltung zu Beginn ihres Vortrags kurz vorstellen.

**9.5. Unterrichtung der Bezirksvertretung bei nicht beabsichtigter Umsetzung einer von ihr initiierten Maßnahme
Beispiel: "Absolutes Haltverbot in der Straße Zur Bökerhöhe"
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel bemängelt, dass die Bezirksvertretung nach ihrem als Empfehlung formulierten Beschluss zur Einrichtung eines absoluten Haltverbots in der Straße Zur Bökerhöhe in Fahrtrichtung Lennepers Straße im Streckenabschnitt zwischen Einmündung Elisabethplatz und Zufahrt zu den unterhalb von Haus Nr. 29 gelegenen Garagen von der Verwaltung bis heute keine Rückmeldung darüber erhalten habe, warum diese Ausschilderung bisher unterblieben ist.

Herr Hein greift die Anmerkung auf und teilt mit, dass sich die Verwaltung nach Prüfung der hier maßgeblichen Sach- und Rechtslage in der Verkehrsbesprechung gegen die Einrichtung des besagten Haltverbots entschieden habe.

Herr Wetzel bekräftigt daraufhin seine Kritik an der hier gewählten Verfahrensweise der Verwaltung und betont, dass die Verwaltung nach seiner Auffassung in den Fällen, in denen sie wie vorliegend eine von der Bezirksvertretung initiierte Maßnahme nicht umsetzen wolle, aufgefordert sei, die Bezirksvertretung über die Hintergründe dieser Verwaltungsentscheidung zu unterrichten.

Nachdem im Verlauf der Aussprache verschiedene Wege und Lösungsansätze aufgezeigt worden sind, wie den Mitgliedern der Bezirksvertretung die angesprochenen Informationen schon heute zugänglich sind und vielleicht auch noch in anderer Form vermittelt werden könnten, bittet die Bezirksvertretung die Verwaltung zu prüfen, wie man den Informationsfluss weiter optimieren und noch besser gewährleisten kann, dass die Bezirksvertretung über die ablehnende Entscheidung der Verwaltung zur Umsetzung einer Maßnahme, die von der Bezirksvertretung angeregt worden ist, unterrichtet wird.

9.6. Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen mit Handicap bei Bauvorhaben zur Errichtung von größeren Geschäftslokalen und Kaufhäusern - Anfrage Herr Wetzel

Herr Wetzel berichtet über eine Initiative aus dem Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen und führt aus, dass in diesem Gremium der Wunsch geäußert worden sei, dass man sich dafür einsetzen möge, dass bei bestimmten Bauvorhaben wie beispielsweise bei Vorhaben zur Errichtung von größeren Geschäftslokalen und Kaufhäusern darauf hingewirkt wird, dass hier insbesondere für die Kundinnen und Kunden mit Handicap in angemessenem Umfang Sitzgelegenheiten wie auch eine barrierefrei zugängliche Toilettenanlage eingeplant werden.

Herr Wetzel stellt die Frage in den Raum, ob und inwieweit die Bezirksvertretung eine Möglichkeit sieht, diese Initiative zu unterstützen und in geeigneter Weise darauf einzuwirken, dass die beschriebenen Ausstattungsmerkmale bei der Realisierung besagter Bauvorhaben Berücksichtigung finden.

Frau Halbach merkt hierzu ergänzend an, dass sich auch der Seniorenbeirat wiederholt mit dieser Thematik befasst und sich in ähnlicher Weise geäußert habe.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Darüber hinausgehende Anregungen oder Empfehlungen werden nicht vorgetragen.

10. Radwegeverbindung zwischen Remscheid Hauptbahnhof und Lennep - nur eine Utopie? Vorlage: 14/2771

Herr Martz schlägt im Namen der Gestaltungsmehrheit vor, dass sich die Bezirksvertretung dem vorliegenden Votum der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid vom 05.03.2013 anschließen und eine gleichlautende Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss aussprechen möge.

Herr Störmer bittet darum, in eine dem Votum der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid folgenden Beschlussfassung ausdrücklich mit aufzunehmen, dass externe Kosten auszuschließen sind.

Herr Wetzel macht darauf aufmerksam, dass die hier gewählte Formulierung, wonach eine kostenintensive Machbarkeitsstudie nicht durchgeführt werden soll, aus seiner Sicht zu unbestimmt sei und insoweit zu präzisieren wäre. Wenn man aber nun der Bitte von Herrn Störmer folgen wolle, könne man auf diese Formulierung – so seine Empfehlung – vollständig verzichten.

Nach Aussprache lässt Herr Korff zunächst über den weitestgehenden Antrag von Herrn Störmer gemäß vorliegender Drucksache abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 1 Enthaltungen 1

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

- Die Verwaltung wird beauftragt eine erste grobe Machbarkeitsstudie für die Umsetzung einer Radwegeverbindung vom Hauptbahnhof Remscheid zum Bahnhof Lennep zu erarbeiten. Schwerpunkt dabei sollte möglichst die Umgehung von stark frequentierten Straßen (B 229) und die Vermeidung von größeren Höhenunterschieden sein.
- Ob eine mögliche Trasse für den Radweg in der Nähe der aktiven Schienenverbindung zwischen Remscheid und Lennep sinnvoll ist sollte auch geprüft werden.
- Die Machbarkeitsstudie sollte die möglichen Varianten sowie deren Konsequenzen aufzeigen.
- Externe Kosten sind auszuschließen.

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses ist eine Abstimmung über die im Laufe der Beratung in ihrem Wortlaut modifizierte und ergänzte Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid wie vorgeschlagen entbehrlich!

11. Schäden am Baumbestand auf dem Schulhof der GHS Rosenhügel infolge von Bauarbeiten Vorlage: 14/2791

Herr Rehbein übernimmt um 18:45 Uhr den Vorsitz.

Herr Wetzel macht darauf aufmerksam, dass auf der dem Schulhof gegenüberliegenden Seite ein weiterer Baum nach Beschädigung entfernt worden sei. Zu diesem Schadensereignis melde sich Herr Küster als Augenzeuge.

Herr Wetzel bittet deshalb die Verwaltung darum, diesem Hinweis nachzugehen und die hier notwendigen Schritte zur Anmeldung entsprechender Schadensersatzansprüche einzuleiten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

12. Schießstand Tente - geplante Bodensanierung
Vorlage: 14/2756

Auf Nachfrage stellt Herr Brinkmann die in Rede stehenden Sach- und Rechtslage noch einmal zusammenfassend dar.

Herr Korff übernimmt um 18:48 Uhr wieder den Vorsitz.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

13. Missachtung des Fahrverbots für Fahrzeuge über 7,5t im Bereich Berghauer Straße - Falkenberger Straßen bzw. der Engelbertstraße
Vorlage: 14/2811

Herr Grote merkt an, dass das Lkw-Aufkommen in dem in Rede stehenden Bereich nach Aussage von Anwohnern vermutlich auf Grund der vorherrschenden Witterungsverhältnisse, aber auch dank der Präsenz der Polizei vor Ort in letzter Zeit zurückgegangen sei. Herr Grote richtet deshalb an dieser Stelle noch einmal die Bitte an die Polizei, ihre Kontrollen in diesem Gebiet auch weiterhin fortzusetzen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

14. Sachstand zum geplanten Abriss Brandruine Burger Straße
Vorlage: 14/2942

Herr Schubert setzt seine Berichterstattung in der Angelegenheit „Brandruine Burger Straße“ fort und gibt bekannt, dass in dieser Woche die Genehmigung zum Abbruch des zerstörten Gebäudes erteilt worden sei, so dass die Verwaltung davon ausgehe, dass nunmehr mit dem Abriss begonnen werde.

Herr Korff richtet daraufhin im Namen der Bezirksvertretung die Bitte an die Verwaltung, der Bezirksvertretung soweit möglich eine Dokumentation über den chronologischen Ablauf der Ereignisse seit dem Brandereignis im März vergangenen Jahres aufzubereiten und zur Kenntnis zu geben.

Herr Grote richtet ergänzend die Bitte an die Verwaltung, im Zuge dieser Ausarbeitung die Verfahrensabläufe noch einmal kritisch zu reflektieren und zu untersuchen, wo eventuell Möglichkeiten zur Optimierung erkennbar werden, damit man zukünftig auf vergleichbare Schadensereignisse vielleicht rascher reagieren und die daraus entstehenden Missstände schneller als in vorliegendem Fall geschehen beheben könne.

Herr Schubert nimmt zu diesen Anmerkungen Stellung und weist hierbei unter anderem auch auf die Verantwortlichkeiten von Eigentümern und Dritten hin.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**15. Beschluss über den Ausbau der Verkehrsfläche im Erschließungsgebiet Dicke Eiche/Kleine Flurstraße gem. § 125 Abs. 2 BauGB
Hier: Planungsrechtliche Sanktionierung des Beschlusses vom 03.05.1999
Vorlage: 14/2809**

Die der Drucksache 14/2809 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Lageplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereichs des Beschlusses nach § 125 (2) BauGB sowie ein weiterer Lageplan mit einer Darstellung der Sanktionierung – werden als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die im Bereich Dicke Eiche/Kleine Flurstraße hergestellten Erschließungsanlagen entsprechen den in § 1 Abs.4 bis 7 BauGB aufgeführten Anforderungen. Die geringen Abweichungen der Verkehrsflächen – entgegen des Beschlusses vom 03.05.1999 – werden entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 Abs. 2 BauGB beschlossen.

**16. Beschluss über den abweichenden Ausbau (Mehr- und Minderausbau) der öffentlichen Straßenverkehrsflächen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 534 - Gebiet: Sonnenhof - gem. § 125 (3) Nr. 1 und Nr. 2 BauGB
Vorlage: 14/2883**

Herr Korff stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung nach Aussprache zur Abstimmung.

Die der Drucksache 14/2883 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 534 sowie ein Lageplan mit Kennzeichnung der von einem Mehr- und Minderausbau im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 534 betroffenen öffentlichen Verkehrsfläche – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Mehr- und Minderausbau der öffentlichen Straßenverkehrsflächen im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 534 – Gebiet: Sonnenhof - wird entsprechend, der in der Anlage dargestellten Form, gemäß § 125 (3) Nr.1 und Nr. 2 BauGB beschlossen.

- 17. BP 646 - Gebiet: Johann-Vaillant-Platz**
- 1. Entscheidung über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (gem. § 3 (2) BauGB)**
 - 2. Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (2) BauGB)**
 - 3. Satzungsbeschluss (gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)**
- Vorlage: 14/2886**

Herr Korff stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung nach Aussprache zur Abstimmung.

Die der Drucksache 14/2886 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB (Planoffenlage), die Stellungnahmen der Bürger, der Ergebnisbericht über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen, die Stellungnahmen der Bürger, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (§ 4 (1) BauGB), die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Bebauungsplanentwurf Nr. 646, die Entscheidungsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 646, die Textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 646, die Karte der Luftbildauswertung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, das Merkblatt des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, die Bergische Liste (Anhang REHK) sowie die Umweltbezogenen Stellungnahmen – werden als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 2 Enthaltungen 1

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Entscheidung über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (gem. § 3 (2) BauGB)**
-

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 646 – Gebiet: Johann-Vaillant-Platz - hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 03.01.2013 bis einschließlich 04.02.2013 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

2. **Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (2) BauGB)**

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 12.12.2012 und 18.12.2012. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

3. **Satzungsbeschluss (gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)**

Der Bebauungsplan Nr. 646 - Gebiet: Johann-Vaillant-Platz - wird gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt. Der redaktionellen Ergänzung der Begründung wird - entsprechend ihrer Darstellung in der Begründung zur Beschlussvorlage zugestimmt. Vom Umweltbericht (§ 2 a Nr. 2 BauGB) und von der zusammenfassenden Erklärung wird gem. § 13 a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 (3) Satz 1 BauGB abgesehen. Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des BP 646 verdrängt dieser Plan einen Teil des bisher für diesen Bereich rechtsverbindlichen Durchführungsplanes Nr. 20 – Zentralpunkt -.

18. **Einziehung einer Teilfläche des Johann-Vaillant-Platzes** **Vorlage: 14/2901**

Der der Drucksache beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung der von der vorgesehenen Einziehung betroffenen Teilfläche des Johann-Vaillant-Platzes wird als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 2 Enthaltungen 1

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die in der Anlage markierte Teilfläche des Johann-Vaillant-Platzes wird gemäß § 7 Strassen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der derzeit gültigen Fassung eingezogen.

Es handelt sich hierbei um eine Teilfläche des Flurstücks Gemarkung Remscheid, Flur 130, Flurstück 383.

Die Absicht der Einziehung ist gemäß § 7 Abs. 4 StrWG NRW öffentlich bekannt zu machen.

Liegen nach Ablauf der in § 7 Abs. 4 StrWG NRW genannten Frist von drei Monaten Einwendungen gegen die beabsichtigte Einziehung vor, so sind diese dem Rat der Stadt zur Entscheidung und zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen.

19. Verwendung der Nahverkehrspauschale
Vorlage: 14/2868

Die der Drucksache 14/2868 beigelegte Tabelle mit einer Auflistung der nach aktualisierter Planung zur Verwendung der ÖPNV- Pauschale für das Jahr 2012 und der zur Verwendung der ÖPNV- Pauschale für das Jahr 2013 vorgesehenen Maßnahmen wird als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die aktualisierte Planung zur Verwendung der ÖPNV-Pauschale für das Jahr 2012 wird gemäß beigelegter Tabelle beschlossen.
2. Die vorgesehene Verwendung der ÖPNV-Pauschale für das Jahr 2013 wird gemäß beigelegter Tabelle beschlossen.

20. Barrierefreier Umbau von Haltestellen im Südbezirk
Vorlage: 14/2873

Herr Hein macht darauf aufmerksam, dass der neue Standort der zum Umbau vorgesehenen Haltestelle Sana-Klinikum (Fahrtrichtung Ehringhausen) in beigelegtem Lageplan nicht korrekt dargestellt ist. So sei geplant, diese Haltestelle in Höhe des Gebäudes Burger Straße 202 zu positionieren.

Herr Korff stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung nach Aussprache zur Abstimmung.

Die Lagepläne mit Kennzeichnung der Standorte der zum Umbau vorgesehenen Haltestellen Mannesmann (Fahrtrichtung Ehringhausen) und Haltestelle Güterstraße (Fahrtrichtung Ehringhausen) sowie eine Luftaufnahme mit Kennzeichnung des korrekten Standortes der zum Umbau vorgesehenen Haltestelle Sana-Klinikum (Fahrtrichtung Ehringhausen) werden als **Anlage 6** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

1. Die Haltestelle Sana-Klinikum (Fahrtrichtung Ehringhausen) soll gemäß korrigierter Anlage 1 barrierefrei umgebaut werden.
2. Die Haltestelle Mannesmann (Fahrtrichtung Ehringhausen) soll gemäß Anlage 2 barrierefrei umgebaut werden.

3. Die Haltestelle Mannesmann (Fahrtrichtung Zentralpunkt) soll gemäß Anlage 2 barrierefrei umgebaut werden.
4. Die Haltestelle Güterstraße (Fahrtrichtung Ehringhausen) soll gemäß Anlage 3 barrierefrei umgebaut werden.

**21. Prüfauftrag P. 1 zum Produkt 02.02.01 - Straßenverkehr
Hier: Parkraumbewirtschaftung
Vorlage: 14/2453**

(zurückgestellt !)

**22. Frostschadensbericht 2013 / Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2013
Vorlage: 14/2953**

Herr Hein ergänzt den Bericht der Verwaltung um aktuelle Daten wie in vorliegender Drucksache bereits angekündigt und erklärt, dass man aus dem Maßnahmenpaket „Rückstellungen“ (Anlage 2 der Drucksache) in 2014 die Maßnahmen „Berghäuser Straße“ und „Sensburger Straße; Breslauer Straße – Zur Bökerhöhe“ ausführen wolle.

Die Bezirksvertretung nimmt die Berichterstattung der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

**23. Baumschutzsatzung der Stadt Remscheid
Antragsverfahren im Jahr 2012
Vorlage: 14/2828**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**24. Baumentfernungen im Stadtbezirk Süd
Übersicht zu den im Jahr 2012 entfernten städtischen Bäumen
Vorlage: 14/2895**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

gez. _____
Wilhelm Korff
Bezirksbürgermeister

gez. _____
Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer

Für den Punkt 11 auch:

gez. _____
Hans H. Rehbein
Stellv. Bezirksbürgermeister